

Wiemeler Dampfboot.

N^o 9.

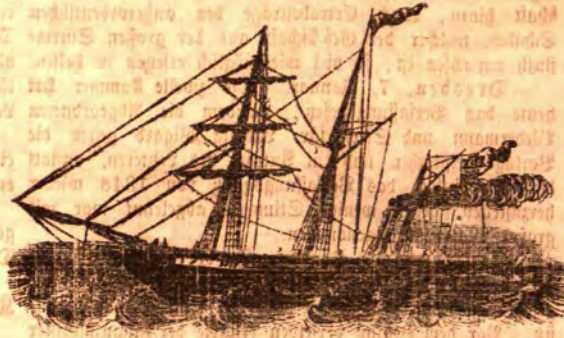
1873

Sonnabend.

den 11. Januar.

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis pränumerando 25 Sgr., mit Botenlohn sowie bei allen Post-Anstalten 1 Thlr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corvus-Spaltheile von Dienstag mit 1 Sgr. von Answärtigen mit 1 Sgr. 4 Pf. berechnet.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern. Delag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik.

Den 11., Nachm. 3 Uhr, im goldenen Löwen Verkauf eines Arbeitsmagens; 3¹/₂ Uhr, im British-Hotel Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins; Abends 8 Uhr, Soiree der Liedertafel.

Abänderung des Klassensteuergesetzes.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Prov.-Corresp.“ eine eingehende Motivirung des dem Landtage vorliegenden wichtigen Gesetzentwurfes, der wir nachstehendes entnehmen:

In dem Entwurfe der vorigen Session war, neben der Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer, die völlige Befreiung von der Klassensteuer für die nach den bestehenden Vorschriften zur Unterstufe 1a der ersten Stufe der Klassensteuer zu besteuerten Personen in Vorschlag gebracht worden. Das Abgeordnetenhaus hatte diesen Entwurf abgelehnt und statt dessen einen der ganzen ersten Hauptklasse bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung zu gewährenden Steuerzuschlag von 33¹/₂ Procent beantragt.

Bei den vorjährigen Verhandlungen wurde die von der Staatsregierung betreffs der Unwirthschaftlichkeit der Steuer in Stufe 1a aufgestellte Ansicht von verschiedenen Seiten bekämpft. Um diesen Widerspruch zu heben, wurden zwar Angaben über die in einigen Kreisen der Monarchie vorgekommene große Zahl von Executionen, welche während der Steuerzahlung vorgelegt, indeß nicht allseitig für genügend erachtet. Da in Ermangelung vollständiger Unterlagen in dieser Beziehung die weiteren Verhandlungen über den Entwurf keinen Erfolg erwarten ließen, so wurde derselbe aus den Beratungen des Landtages zurückgezogen. Demnächst ist alsbald darauf Bedacht genommen worden, das Material in Betreff der Einziehung der Klassensteuer in sämmtlichen Stufen herbeizuschaffen und die Resultate, deren Ermittlung nicht ohne erhebliche Mühe und großen Zeitaufwand zu bewerkstelligen war, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, damit auf Grund dessen der bestehende Zustand möglichst vollständig übersehen werden könnte. Durch das Ergebnis dieser Ermittlungen hat die Staatsregierung nur in der Ueberzeugung befestigt werden können, daß die unveränderte Einführung der Klassensteuer in den Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen Städten unthunlich und daß eine Umgestaltung der Klassensteuer für ein dringendes Bedürfniß zu erachten ist.

Nach den Ergebnissen dieser Ermittlungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Einziehung der Klassensteuer in der Unterstufe 1a mit Schwierigkeiten, Kosten und Ausfällen verbunden ist, welche zu dem in die Staatskasse fließenden Steuerbetrage nicht in richtigem Verhältnisse stehen und gegen welche die Maßregeln u. des Executionsverfahrens in den übrigen Stufen zusammengekommen erheblich zurückbleiben. Auf dem platten Lande ist innerhalb der östlichen Provinzen die Unterstufe 1a allein an der Gesamtzahl der Wohnungen mit 70%, der verfügten Executionen mit 75%, der vollstreckten Executionen mit 80%, der fruchtlos vollstreckten Executionen mit 92%, der Lohnbeschlagnahmen mit 76%, der Kosten mit 67% theilhaftig. Die Steuer der Unterstufe 1a bildet der davon betroffenen Bevölkerung also bei gleicher Einnahme für die Staatskasse eine um das dreifache — in den Städten allein um das achtfache — höhere Last an Einziehungskosten auf. Werden die Nachteile, welche den Pflichtigen der Unterstufe 1a durch die executive Pfändung und Versteigerung ihres Eigenthums erwachsen und der Umstand berücksichtigt, daß allen diesen Belästigungen und Ausgaben eine entsprechende Einnahme für die Staatskasse nicht gegenübersteht, so wird anerkannt werden müssen, daß diese Steuer eine in hohem Maße unwirtschaftliche und ihre unveränderte Forterhebung unter den gegenwärtigen günstigen Finanzverhältnissen des Staats nicht wohl zu rechtfertigen ist.

Die Bestimmung des vorjährigen Gesetzentwurfs, wonach die Befreiung allen denjenigen Personen zu Theil

werden sollte, welche nach den bestehenden Vorschriften in der Unterstufe 1a zu besteuern sind, hat namentlich um deshalb Widerspruch gefunden, weil die durch die bestehenden Vorschriften gegebene Grenze zwischen der Unterstufe 1a und den folgenden Stufen, keine feste, klar erkennbare sei. Es ist hieraus Veranlassung genommen, die Frage, wie sich die Abgrenzung der Steuerklassen und Stufen namentlich in den unteren Stufen gegenüber den jetzigen Verhältnissen gestaltet, einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Die für die Einziehung in die einzelnen Stufen der ersten Hauptklasse aufgestellten Einschätzungsmerkmale nach gewissen Kategorien der Arbeiterbevölkerung haben mit der Zeit durch die in den Verhältnissen dieser Bevölkerung eingetretenen Aenderungen ihre Bedeutung verloren und erscheinen nicht mehr geeignet, um eine feste, klare und gerechte Abgrenzung der erwähnten Stufen sicherzustellen. Es bedarf dazu vielmehr einer gleichmäßigen Schätzung nach dem Verhältnisse des Einkommens. Die Aufstellung unseres Veranlagungs-Maßstabes macht es zugleich nothwendig, die Grenze zwischen der für die bisher mindestbesteuerten Pflichtigen einzuführenden Steuerfreiheit und der beginnenden Steuerpflicht durch einen geringsten Einkommensfuß zu bestimmen, während die unumgänglich gebotene Festsetzung desselben durch das Gesetz von selbst dazu führt, die der Schätzung zur künftigen ersten und zu den folgenden Stufen zum Grunde zu legenden Einkommenssätze gleichfalls mit in das Gesetz aufzunehmen.

Indem die Staatsregierung hiernach eine Schätzung nach dem Einkommen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur gleichmäßigen Erfassung der persönlichen Leistungsfähigkeit für geeigneter hält, als den bisherigen Veranlagungs-Maßstab der Klassensteuer, glaubt sie bei dieser wesentlichen Abänderung des bestehenden Veranlagungssystems mit Vorsicht und unter thunlichster Schonung der sonstigen bewährten Grundlage der Klassensteuer vorgehen zu müssen. Zu diesen gehört, neben der Abflufung der Steuer nach festen Klassenlagen und der Ausführung der Schätzung innerhalb der einzelnen Gemeinden durch deren Vertreter, vor Allem die Mithberücksichtigung besonderer auf die Leistungsfähigkeit einwirkender wirtschaftlicher Verhältnisse der Steuerpflichtigen. Aus diesen allgemeinen Gesichtspunkten haben sich diejenigen Aenderungen des Gesetzes vom 1. Mai 1851 ergeben, welche in dem jetzt vorliegenden Entwurfe vorgeschlagen sind. Der Betrag des Jahres-Einkommens, von dessen Bezug künftighin die Pflicht zur Entrichtung der Klassensteuer dergestalt abhängig gemacht werden soll, daß alle diejenigen Personen, deren Einkommen diesen Betrag nicht erreicht, zur Steuer überhaupt nicht heranzuziehen sind, ist auf 140 Thlr. festgestellt worden.

Vom Landtage.

* Berlin, 8. Januar. Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Klassen- und Einkommensteuergesetzes hielt heute nach Beendigung der Ferien ihre erste Sitzung. In derselben wurde die General-Dis-cussion über den vorgelegten Entwurf fortgesetzt. Es wurde von mehreren Mitgliedern aus verschiedenen Fractionen ein Amendement eingebracht, welches übereinstimmend mit der Regierungsvorlage den niedrigsten steuerpflichtigen Einkommensbetrag auf 140 Thlr. feststellt und die erste Stufe mit 1 Thlr. bei einem Einkommen von 140—220 Thlr., die zweite mit 2 Thlr. bei einem Einkommen von 220 bis 900 Thlr. eintreten lassen will, und eine Contingentirung der Klassensteuer in der Weise vorschlägt, daß dieselbe im Normalbetrag auf 12 Millionen gestellt wird. Es wurden dabei von mehreren Mitgliedern Mittheilungen über in der Ferienzeit vorgenommene Probe-Einschätzungen gemacht, namentlich auch von dem Regierungs-Commissar, nach deren Resultat der Ausfall noch größer sein würde, als früher von der Regierung angenommen wurde. Es wurde u. a. auch eine von dem Landrath des Kreises Kiel vorgenommene Probe-Einschätzung vorgelegt und mitgetheilt, daß nach dessen Aeußerung der Arbeitsverdienst

einer Tagelöhner-Familie in dortigen Kreise nicht 140 Thlr. erreiche. Der in der Sitzung anwesende Finanzminister erklärte, daß er seinerseits die Contingentirung der Klassensteuer, wovon der Staatskasse eine bestimmte Summe gesichert werde, nicht für so sehr bedenklich erachte, daß er dabei stehen bleiben müsse, daß die niedrigste jährliche Klassensteuer auf 1 Thlr. fixirt werde, und daß regierungsseitig nicht beabsichtigt werde, die Grund- und Gebäudesteuer den Communalverbänden zu überlassen, wovon ein Mitglied seine Zustimmung zu dem Entwurf abhängig gemacht hatte. Die Generaldiscussion wurde darauf zu Ende geführt und damit die Sitzung geschlossen. Die Specialberathung in der Commission beginnt morgen Abend.

Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat heute die Etats der Ministerien der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und der Forste-Verwaltung betrachtet, und hierbei die formelle Einrichtung dieser Etats festgestellt, vorbehaltlich einiger Details, welche die Gruppe noch zu bearbeiten hat. Bei Berathung des Etats der indirecten Steuern wurde ein vom Abg. Coster gestellter Antrag angenommen: „Das Haus wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß spätestens bei Gelegenheit der Uebertragung der Chaussee-Verwaltung auf die Communal-Verbände die Aufhebung der Chaussee-Gelder herbeigeführt werde. Ein Antrag wegen Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels im nächsten Jahre durch Gesetz ist bereits früher angenommen. Die Berathung ging hierauf auf den Etat der Seehandlung ein, welcher nicht beanstandet wurde. Es war ein Antrag gestellt, die Regierung möge aufgefordert werden, dem Landtage in einer Denkschrift ausführliche Kenntniß von den Gründen zu geben, welche einer Veräußerung der Bromberger Mühlen entgegenstehen sollen. Die Regierungs-commissionen sagten die Ueberweisung einer solchen Denkschrift zu.

Der Finanzminister hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Nachtrags zu dem Gesetze, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1873 überreicht, nach welchem dem Etats-Gesetz folgender § 4 hinzugefügt werden soll: „Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats (§ 1) innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt.“

Berlin, 9. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eine zahlreich unterzeichnete Interpellation über die Maßregeln gegen die Presse wegen Abdrucks der päpstlichen Weihnachtssalutation eingebracht, welche morgen verlesen werden soll.

Der Cultusminister legte drei Gesetz-Entwürfe über den Austritt aus der Kirche, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Disciplinargewalt und Errichtung eines höchsten Gerichtshofes für Kirchenangelegenheiten vor.

Der Cultusminister betonte die Nothwendigkeit, das leibliche Nachgiebigkeitsystem aufzugeben, den den Bestand des Staates gefährdenden nach hervortretenden Präntionen Roms entgegenzutreten; die Vorlagen seien aber keine Nothgesetze, sollen vielmehr grundsätzliche Regelung der Angelegenheiten aller Confessionen mit Corporationsrechten herbeiführen.

Der Ministerpräsident Noon, an die vorgestrichene Discussion anknüpfend, auf seine dreizehnjährige Amtstätigkeit zurückblickend, hebt hervor, es sei undenkbar, daß der Preussische Ministerpräsident nach Osten blicke, wenn der Reichszankler nach Westen lenkt. Er habe 10 Jahre opferfreudig mit Bismarck zusammengearbeitet und solle heute das Land schädigen können? Solches Mißtrauen habe er nicht verdient, er habe die Verfassung beschworen und wolle das Wohl des Landes so ehrlich wie irgend Jemand. Die entstandene Verwirrung rühre von dem Mißtrauen über die Art des Uebergangs des Präsidiums her; diese Vorgänge seien aber unverfänglich; er habe den

Beilage zu No. 9. des Memeler Dampfboots.

Sonnabend, den 11. Januar 1873.

Seemannsordnung.

Vom 27. December 1872.

(Fortsetzung.)

§ 60. Wenn die Vorschrift am Schluß des vorhergehenden Paragraphen Anwendung findet, und der Schiffsmann nach Beendigung der Reise in einem Deutschen Hafen entlassen worden wäre, so wird, um die ihm außer der verdienten Heuer gebührende Heuer zu bestimmen, die Dauer der Reise eines Segelschiffes gerechnet:

von Häfen:	nach Häfen	
	der Nordsee.	der Ostsee.
1) der Nordsee bis zum 61. Grade nördlicher Breite und des Englischen Canals zu	1	1 1/2
2) der Ostsee und der angrenzenden Gewässer zu	1 1/2	1
3) in Europa außerhalb des Englischen Canals und bis zur Straße von Gibraltar mit Einschluß der Azoren, sowie der Nordsee über den 61. Grad nördlicher Breite hinaus und außerhalb der Nordsee bis zum Nordkap einschließlich zu	1 1/2	2
4) des Mittelmeeres, des Schwarzen und Azow'schen Meeres zu	2	2
5) in Europa, östlich des Nordkaps zu	2	2
6) der Ostküste Amerikas von Quebec bis Rio de Janeiro einschließlich zu	2	2 1/2
7) südlich von Rio de Janeiro bis Kap Horn einschließlich zu	2 1/2	3
8) der Westküste Amerikas von Kap Horn bis Panama einschließlich zu	3 1/2	4
9) der Westküste von Afrika nördlich vom Aequator einschließlich der Kanarischen und der Kapverdischen Inseln zu	2	2 1/2
10) südlich vom Aequator bis zum Kap der guten Hoffnung einschließlich zu	2 1/4	2 3/4
11) jenseits des Kap der guten Hoffnung, diesseits des Kap Komorin mit Einschluß des Rothen Meeres und des Persischen Golfs zu	3 1/2	4
12) von den sonstigen, vorstehend nicht mit einbegriffenen Häfen zu	4	4

§ 61. Der Schiffsmann kann seine Entlassung fordern:

- 1) wenn sich der Schiffer einer schweren Verletzung seiner ihm gegen denselben obliegenden Pflichten, insbesondere durch Mißhandlung oder durch grundlose Vorenthaltung von Speise und Trank schuldig macht;
- 2) wenn das Schiff die Flagge wechselt;
- 3) wenn nach Beendigung der Ausreise eine Zwischenreise beschlossen, oder wenn eine Zwischenreise beendet ist, sofern seit dem Dienstantritt zwei oder drei Jahre, je nachdem das Schiff in einem Europäischen (§ 70) oder in einem Nichteuropäischen Hafen sich befindet, verfloßen sind.

Der Wechsel des Rheders oder Schiffers giebt dem Schiffsmann kein Recht, die Entlassung zu fordern.

§ 62. In dem Falle des § 61, Ziffer 3, kann die Entlassung nicht gefordert werden:

- 1) wenn der Schiffsmann für eine längere als die baselst angegebene Zeit sich verheuert hat. Die Verheuerung auf unbestimmte Zeit oder mit der allgemeinen Bestimmung, daß nach Beendigung der Ausreise der Dienst für alle Reisen, welche noch beschlossen werden möchten, fortzusetzen sei, wird als Verheuerung auf solche Zeit nicht angesehen;
- 2) sobald die Rückreise angeordnet ist.

§ 63. Der Schiffsmann hat in den Fällen der Ziffern 1 und 2 des § 61 dieselben Ansprüche, welche für den Fall des § 59 bestimmt sind; in dem Falle der Ziffer 3 gebührt ihm nicht mehr als die verdiente Heuer (§ 67).

§ 64. Im Auslande darf der Schiffsmann, welcher seine Entlassung fordert, außer in dem Falle eines Flaggenwechsels, nicht ohne Genehmigung eines Seemannsamtes (§ 105) den Dienst verlassen.

§ 65. Wenn nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ein Anspruch auf freie Zurückbeförderung begründet ist, so umfaßt derselbe auch den Unterhalt während der Reise.

§ 66. Dem Anspruche auf freie Zurückbeförderung wird genügt, wenn dem Schiffsmann, welcher arbeitsfähig ist, mit Genehmigung des Seemannsamtes ein seiner früheren Stellung entsprechender und durch angemessene Heuer zu vergütender Dienst auf einem Deutschen Kauffahrteischiffe

nachgewiesen wird, welches nach dem Hafen, von welchem das Schiff seine Ausreise angetreten hat, oder einem demselben nahe gelegenen Hafen geht; letzteren Falls unter Gewährung der entsprechenden Vergütung für die weitere freie Zurückbeförderung (§ 65) bis zum Hafen, von welchem das Schiff seine Ausreise angetreten hat. Ist der Schiffsmann kein Deutscher, so wird ein Schiff seiner Nationalität einem Deutschen Schiffe gleichgeachtet.

§ 67. In den Fällen der §§ 36, 51, 56, 58, 59 und 63 wird die verdiente Heuer, sofern die Heuer nicht zeitweise, sondern in Bausch und Bogen für die ganze Reise bedungen ist, mit Rücksicht auf den vollen Heuerbetrag nach Verhältnis der geleisteten Dienste, sowie des etwa zurückgelegten Theils der Reise bestimmt. Zur Ermittlung der in den §§ 59 und 60 erwähnten Heuer für einzelne Monate wird die durchschnittliche Dauer der Reise einschließlich der Ladungs- und Lösungszeit unter Berücksichtigung der Beschaffenheit des Schiffs in Anschlag gebracht und danach die Heuer für die einzelnen Monate berechnet.

§ 68. Der Rheder haftet für die Forderungen des Schiffers und der zur Schiffsmannschaft gehörigen Personen aus den Dienst- und Heuerverträgen nicht nur mit Schiff und Fracht, sondern persönlich. Diese Bestimmung tritt an die Stelle des Art. 453 des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs.

§ 69. Der dem Schiffsmann als Lohn zugestandene Theil an der Fracht oder am Gewinn wird als Heuer im Sinne dieses Gesetzes nicht angesehen.

§ 70. In den Fällen der §§ 59 und 61 sind* den Europäischen Häfen die nicht Europäischen Häfen des Mitteländischen, Schwarzen und Azow'schen Meeres gleichzustellen.

§ 71. Der Schiffer darf einen Schiffsmann im Auslande nicht ohne Genehmigung des Seemannsamtes zurücklassen. Wenn für den Fall der Zurücklassung eine Hilfsbedürftigkeit des Schiffsmannes zu bezorgen ist, so kann die Ertheilung der Genehmigung davon abhängig gemacht werden, daß der Schiffer gegen den Eintritt der Hilfsbedürftigkeit für einen Zeitraum bis zu drei Monaten Sicherstellung leistet. Die Bestimmungen des § 103 werden hierdurch nicht berührt.

Vierter Abschnitt.

Disciplinar-Bestimmungen.

§ 72. Der Schiffsmann ist der Disciplinargewalt des Schiffers unterworfen. Dieselbe beginnt mit dem Antritt des Dienstes und erlischt mit dessen Beendigung.

§ 73. Der Schiffsmann ist verpflichtet, sich stets nüchtern zu halten und gegen Jebermann ein angemessenes und friedfertiges Betragen zu beobachten. Dem Schiffer und seinen sonstigen Vorgesetzten hat er mit Achtung zu begegnen und ihren dienstlichen Befehlen unweigerlich Folge zu leisten.

§ 74. Der Schiffsmann hat dem Schiffer auf Verlangen wahrheitsgemäß und vollständig mitzutheilen, was ihm über die den Schiffsdienst betreffenden Angelegenheiten bekannt ist.

§ 75. Der Schiffsmann darf ohne Erlaubnis des Schiffers keine Güter an Bord bringen oder bringen lassen. Für die gegen dieses Verbot beförderten eigenen oder fremden Güter muß er die höchste am Abladungsorte zur Abladungszeit für solche Reisen und Güter bedungene Fracht erstatten, unbeschadet der Verpflichtung zum Ersatz eines erweislich höheren Schadens. Der Schiffer ist auch befugt, die Güter über Bord zu werfen, wenn dieselben Schiff oder Ladung gefährden.

§ 76. Die Bestimmungen des § 75 finden ebenfalls Anwendung, wenn der Schiffsmann ohne Erlaubnis des Schiffers Branntwein oder andere geistige Getränke oder mehr an Tabak, als er zu seinem Gebrauche auf der beabsichtigten Reise bedarf, an Bord bringt oder bringen läßt. Die gegen dieses Verbot mitgenommenen geistigen Getränke und Tabak verfallen dem Schiffe.

§ 77. Die auf Grund der Bestimmungen der §§ 75 und 76 getroffenen Anordnungen des Schiffers sind, sobald es geschehen kann, in das Schiffsjournal einzutragen.

§ 78. Wenn das Schiff in einem Hafen liegt, so ist der Schiffer befugt, die Effekten der Schiffleute zur Verhütung einer Entweichung bis zur Abreise des Schiffs in Verwahrung zu nehmen.

§ 79. Der Schiffer ist befugt, alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung der Regelmäßigkeit des Dienstes erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Zu diesem Zwecke darf er namentlich auch herkömmliche Gesperrungen des Dienstes oder mäßige Schmälerung der Kost, letztere jedoch auf höchstens drei Tage, als Strafe eintreten lassen. Geldbuße, körperliche Züchtigung oder Einsperrung darf er als Strafe nicht verhängen. Bei einer Widerseßlichkeit oder bei beharrlichem Ungehorsam ist der Schiffer zur Anwendung aller Mittel befugt, welche er-

forderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen. Er darf gegen die Beteiligten die geeigneten Sicherungsmaßregeln ergreifen und sie nöthigenfalls während der Reise fesseln. Jeder Schiffsmann muß dem Schiffer auf Erfordern Beistand zur Aufrechterhaltung der Ordnung sowie zur Abwendung oder Unterdrückung einer Widerseßlichkeit leisten. Im Auslande hat der Schiffer in dringenden Fällen die Commandanten der ihm zugänglichen Fahrzeuge der Kriegsmarine des Reichs um Beistand zur Aufrechterhaltung der Disciplin anzugehen.

§ 80. Jede vom Schiffer in Gemäßheit der Bestimmungen des § 79 getroffene Verfügung ist mit Aufgabe der Veranlassung, sobald es geschehen kann, in das Schiffsjournal einzutragen.

Fünfter Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§ 81. Ein Schiffsmann, welcher nach Abschluß des Heuervertrages sich verborgen hält, um sich dem Antritte des Dienstes zu entziehen, wird mit Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern gestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Wenn ein Schiffsmann, um sich der Fortsetzung des Dienstes zu entziehen, entläuft oder sich verborgen hält, so tritt Geldstrafe bis zu Hundert Thalern oder Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten ein. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Ein Schiffsmann, welcher mit der Heuer entläuft oder sich verborgen hält, um sich dem übernommenen Dienste zu entziehen, wird mit der in § 298 des Strafgesetzbuchs angedrohten Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre belegt.

§ 82. In den Fällen der beiden letzten Absätze des § 81 verliert der Schiffsmann, wenn er vor Abgang des Schiffes weder zur Fortsetzung des Dienstes freiwillig zurückkehrt, noch zwangsweise zurückgebracht wird, den Anspruch auf die bis dahin verdiente Heuer. Die Heuer und, sofern diese nicht ausreicht, auch die Effekten können zur Deckung der Schadensansprüche des Rheders aus dem Heuer- oder Dienstvertrage in Anspruch genommen werden; soweit die Heuer hierzu nicht erforderlich ist, wird mit ihr nach Maßgabe des § 107 verfahren.

§ 83. Hat der Schiffsmann sich dem Dienste in einem der Fälle des § 61, 1 und 3 ohne Genehmigung des Seemannsamtes (§ 64) entzogen, so tritt Geldstrafe bis zum Betrage einer Monatsheuer ein.

§ 84. Mit Geldstrafe bis zum Betrage einer Monatsheuer wird ein Schiffsmann bestraft, welcher sich einer gröblichen Verletzung seiner Dienstpflichten schuldig macht. Als Verletzung der Dienstpflicht in diesem Sinne wird insbesondere angesehen:

- Nachlässigkeit im Wachdienste;
- Ungehorsam gegen den Dienstbefehl eines Vorgesetzten; ungebührliches Betragen gegen Vorgesetzte, gegen andere Mitglieder der Schiffsmannschaft oder gegen Reisende;
- Verlassen des Schiffes ohne Erlaubnis oder Ausbleiben über die festgesetzte Zeit;
- Wegbringen eigener oder fremder Sachen vom Bord des Schiffes und an Bord bringen oder an Bord bringen lassen von Gütern oder sonstigen Gegenständen ohne Erlaubnis;
- eigenmächtige Zulassung fremder Personen an Bord und Gestattung des Anlegens von Fahrzeugen an das Schiff;
- Trunkenheit im Schiffsdienste;
- Bergebung, unbefugte Veräußerung oder bei Seite bringen von Proviant.

Gegen Schiffsofficiere kann die Strafe bis auf den Betrag einer zweimonatlichen Heuer erhöht werden.

Wenn die Heuer nicht zeitweise bedungen ist, so wird die Strafe auf einen nach dem Ermessen des Seemannsamtes der Monatsheuer entsprechenden Gelbbetrag bestimmt. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Der Antrag ist bis zur Abmusterung zulässig. (Fortf. folgt.)

Wilderich.

Novelle von Levin Schäfer u. g.

(Fortsetzung.)

„Da werden wir uns also erst vorsichtig den Preis courant ansehen müssen“, antwortete Wilderich lachend — er sah, daß er bei Claus als Aufschneider verurtheilt war und in seiner Hochachtung Alles das, was ihm der Besuch des Herrn Pfarrers verliehen, wieder verloren hatte.

Im Uebrigen kam ihm jetzt bei seiner Heimkehr sein Gut doch sehr verkommen, seine Zimmer sehr dürftig und ärmlich vor. Es war doch eine seltsame Marotte von ihm gewesen, sich hier für eine Weile

